

Der Informationsdienst des Instituts der deutschen Wirtschaft

Inflation | 25.04.2024 | Lesezeit 2 Min.

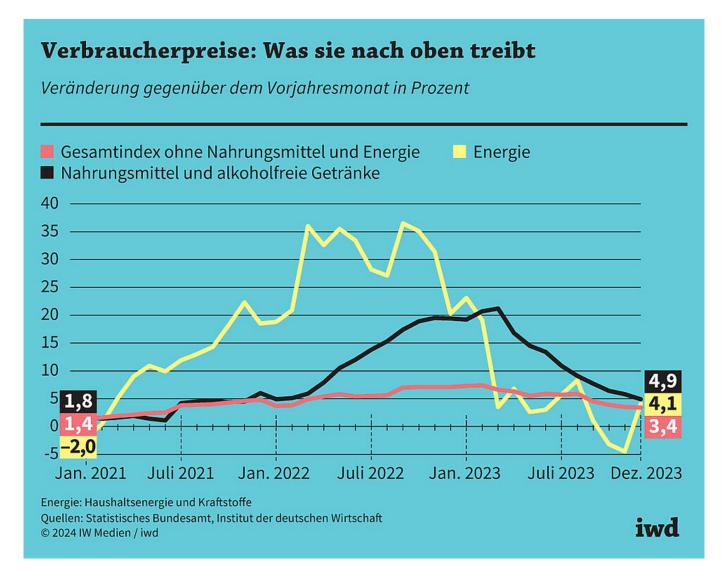
Verteuerung der Nahrungsmittel trifft Ärmere besonders stark

In den Jahren 2022 und 2023 sind die Preise in Deutschland massiv gestiegen. Während im ersten Jahr vor allem Energiekosten die Inflationsrate getrieben haben, waren es im zweiten in erster Linie deutlich teurere Lebensmittel. Das hat sich unterschiedlich auf verschiedene Einkommensgruppen ausgewirkt.

Rentner haben es nicht leichter. Zugegeben: Eine Studie so flapsig zusammenzufassen, ist nicht die Regel. Doch der Satz bringt die jüngsten Ergebnisse eines IW-Gutachtens unter Zuwendung des Forschungsnetzwerks Alterssicherung (FNA) auf den Punkt. Die IW-Ökonomen wollten wissen, wie genau die hohen Preissteigerungen Deutschlands Rentner und Pensionäre getroffen haben.

Die Ergebnisse zeigen: Für Senioren war im Jahr 2023 vor allem die Höhe ihres Einkommens ausschlaggebend dafür, wie stark die Inflation sie beutelte – genauso wie in anderen Bevölkerungsgruppen. Das lag daran, dass es 2023 einen zentralen Treiber der Inflation gab (Grafik):

Im März 2023 lagen die Kosten für Nahrungsmittel um mehr als 21 Prozent über dem entsprechenden Vorjahreswert.



Generell gilt, dass Haushalte mit geringem Einkommen anteilig mehr für Nahrungsmittel ausgeben. Entsprechend waren einkommensärmere Rentnerhaushalte tendenziell stärker betroffen als finanziell bessergestellte.

Die Höhe des jeweiligen Einkommens gab 2023 den Ausschlag, wie stark die Inflation einen Haushalt traf.

Im Vorjahr, also 2022, war die Situation dagegen eine andere – trotz ebenfalls hoher Inflation. Denn damals waren die Energiekosten, also Haushaltsenergie und Kraftstoffe, der größte Preistreiber, im März 2022 lagen sie um 36 Prozent über dem Vorjahreswert. Die höheren Preise für den Verkehr führten zu einer besonders starken Belastung der höheren Einkommensgruppen. Insgesamt wurden die verschiedenen Einkommensgruppen im Jahresschnitt in ähnlich starkem Maße durch die Inflation belastet.

Entlastungsmaßnahmen reichen aus

Zurück zum Jahr 2023: Trotz der höheren Belastungen für Teile der Rentner oder andere einkommensschwächere Haushalte sind aus Sicht der IW-Ökonomen vorerst keine weiteren Entlastungen seitens der Politik notwendig. Ihre Argumente: Erstens haben zielgenaue Entlastungen wie die Wohngeld-Plus-Reform im Jahr 2023 die Einkommensschwächeren bereits an anderer Stelle unterstützt, sodass die Kaufkraftverluste in den unteren Einkommensgruppen zwischen 2018 und 2023 am geringsten ausfielen. Zweitens sinkt die Inflationsrate seit einigen Monaten, Lebensmittel waren im März 2024 sogar günstiger als vor einem Jahr.

Kernaussagen in Kürze:

- Nahrungsmittel kosteten im März 2023 gut 21 Prozent mehr als ein Jahr zuvor.
- Haushalte mit geringem Einkommen geben anteilig mehr für Nahrungsmittel aus, auch einkommensärmere Rentner traf die Inflation deshalb besonders stark.
- Im Jahr 2022 wurden die verschiedenen Einkommensgruppen dagegen ähnlich stark durch die Inflation belastet, da damals die Preise in der ganzen Breite stark gestiegen sind.